

Fachschaf^tsBündnis

Aktive für demokratische und kritische Hochschulen

Gemeinsame Interessen durchsetzen!

Die Auseinandersetzung, die wir hier um „Leerstand zu Wohnraum“ führen, macht sehr plastisch deutlich, dass Möglichkeiten zur Befriedigung zentraler, menschlicher Bedürfnisse zwar vorhanden sind, aber der Mehrheit vorenthalten werden, weil das Profitinteresse von Wenigen dominieren soll. Bei der Verknappung der Mittel für Bildung, Kultur und Soziales, gegen die sich auch an den Hochschulen Widerstand regt, verhält es sich nicht wesentlich anders. Hier wie dort geht es darum, sich ganz praktisch das anzueignen, was gemeinsamen Bedürfnissen entspricht.

Unterfinanzierung

Die Universität Hamburg ist seit der richtigen Entscheidung zur Öffnung der Hochschulen in den 70er Jahren chronisch unterfinanziert. Die nötigen öffentlichen Mittel für eine steigende Studierendenzahl wurde nicht oder nur ungenügend aufgebracht. Damit wurden die Bedingungen der Uni für ihre gesellschaftlichen Aufgaben (Aufklärung und Bildung) eingeschränkt. Auch heute wird bei der Uni mit einem Etat von ca. 303 Mio. EUR im Jahr über die Inflation gekürzt.

Die minimale Steigerung von max. 0,88 %, die mit der Schuldenbremse begründet wird, reicht nicht einmal, um die Inflation von ca. 3 % auszugleichen. Damit wird die Uni gemeinsam mit den anderen kulturellen, sozialen und infrastrukturellen Einrichtungen von der Politik des Senats angegriffen.

Anspruch der Uni

Die Uni Hamburg, wie auch die anderen Hochschulen, wären gerade in der jetzigen Krise notwendig, um Alternativen zu den gescheiterten, kapitalistischen Handlungsweisen zu finden. Wissenschaften, die vom Menschen ausgehen und für ihn eingreifen müssen, dürfen an dieser gesellschaftlichen Aufgabe nicht durch Profilierungszwang und Drittmittelabhängigkeit gehindert werden. Aktuell geht es wieder darum, gesellschaftskritische Wissenschaften wieder zu ermöglichen.

Geld ist genug da

Die bekannte Ausrede, es sei nun mal kein Geld für das da, was man aber eigentlich richtig fände, hört man sowohl vom alten CDU als auch vom neuen SPD Senat. Dass die Staatskassen leer sind, ist vor allem auf zwei Punkte zurückzuführen.

1. liegt es an den Milliarden, die auf Privatkonten von Wenigen liegen. Der von der Gesellschaft erarbeitete Reichtum wird nicht wieder für die Gesellschaft aufgewendet, sondern verschwindet in irgendwelchen Fonds, die zudem noch gegen die Gesellschaft spekulieren und so doppelt schädlich sind. Zumindest durch eine höhere Besteuerung von großen Unternehmen, eine Vermögenssteuer, mehr Steuerprüfer und eine saftige Finanztransaktionssteuer könnten sowohl die Unis als auch die sozialen Programme (z. B. Wohnungsbau) gefördert werden.
2. werden die Steuereinnahmen, die der Staat hat, für so einen Scheiß wie eine Armee ausgegeben. Im letzten Jahr versenkte das Kriegsministerium mal so 32 Milliarden EUR. Die gesamte Förderung des Bundes für Bildung und Forschung beträgt dagegen gerade mal 11 Milliarden EUR. Eine Umverteilung des „Verteidigungsetats“ würde knapp eine Milliarde (eine Verdreifachung) für die Hamburger Hochschulen bedeuten.

Menschlichen Bedürfnissen wieder mehr Geltung zu verschaffen, gegen die künstliche Verknappung und gegen die Konkurrenz, ist somit gemeinsames Anliegen.

Demonstration

**Für eine soziale und gerechte Politik –
gegen Kürzen und kaputt Sparen**

am 23.11.2012 um 14 Uhr
am Bahnhof Dammtor (Südeingang)
www.buendnis-gegen-rotstift.de

www.FACHSCHAFTSBÜNDNIS.de